Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pfg.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt am Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

21 Am See. | **Cotillon.** | Am See 21.
Knallbonbons. ✱ Attrapen. ✱ Luxuscartonnagen.
21 Am See. **Oscar Fischer.** Am See 21.

Simon's
Annen-Hof
Dresden
(im Centrum der Stadt)
Vorzügliches
Mittelstands-Hotel
für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.
Mässige Preise.
Gutes Restaurant.
Nur echte Biere.

Photograph. Atelier Richard Jähnig
Königsbrückerstrasse No. 71 DRESDEN-N., Strassenb.-Haltest. Tannestr.
Preise billigst und zwar: Ein Dutzend Visit 3 Mark. Ein Dutzend Cabinet 8 Mark.
Grössere Formate, Gruppen-Aufnahmen entsprechend.
Vergrösserungen bis Lebensgrösse. Garantie für tadellose saubere Ausführung.
Geöffnet: Wochentags v. früh bis Abends, Sonn- u. Festtags im Sommer von 11—4 Uhr, Sonn- u. Festtags im Winter von 10—3 Uhr.

Schläuche
Klappen
Platten
Ringe
Schnüre
Walzen
Puffer
Riemen aus
Gummi Guttapercha Asbest
fertigt in garantirt haltbarer Qualität
E. Böhme
Dresden
Fernsprechstr. 13.

Arthur Schmidt, Drogengeschäft
Reisewitzerstr. 31 **Dresden-Löbtau** Reisewitzerstr. 31.
Annahme von Inseraten und Abonnements für die „Dresdner Nachrichten."

Telephongesprächs-Gebührensammler
Gebr.-M. No. 136 818, bezweckt das Einkassiren der einzelnen Gesprächsgebühren von fremden Telephonbenutzern. Preis 2 Mk.
Carl Wendschuch, Struvestr. 11.

Nr. 54. Spiegel: Zur Lage in Oesterreich. Hofnachrichten, Eisenbahn-Konferenz, Victoria-Salon, Zur Leipziger Stadtrathswahl, Bezirksausschußsitzung. Dresdner Kunstsalon. | Muthmaßl. Witterung: Frostabnahme. | **Sonnabend, 23. Februar 1901.**

Zur Lage in Oesterreich.

Es muthet wie ein Wunder an, daß das Wiener Parlament vorläufig mit heiler Haut aus dem Kampfe um die nichtdeutschen Interpellationen herausgekommen ist. Heiß genug, um das Haus abermals zu sprengen, ging es jedenfalls in der kritischen Mittwoch-Sitzung her, und wer weiß, was passirt wäre, wenn es dem czechischen Klopffechter Klofac wirklich gelungen wäre, das von ihm erstrebte Tintenfaß zu ergreifen und es dem Präsidenten oder einem der Herren Minister an den Kopf zu werfen. So aber darf der Abgeordnete Freiherr v. Wassilko, der mit „sanfter Gewalt" den czechischen Hitzkopf an der Ausführung seines Vorhabens hinderte, den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, daß er die „Arbeitsfähigkeit" des Parlaments für dieses Mal noch gerettet hat. Auf wie lange freilich, das wissen die Götter. Der Träger der Krone hat zwar in seiner liebenswürdigen und herzgewinnenden Weise bei dem Empfange des Präsidiums des Abgeordnetenhauses der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Augenblick erfolgreicher Thätigkeit nahe gerückt sei; auch ist nicht zu verkennen, daß der Verlauf der Donnerstagsitzung schon wesentlich ruhiger gewesen ist. Immerhin bleibt aber noch so viel Zündstoff in dem Verhältniß zwischen Deutschen und Czechen aufgespeichert, daß in jedem Moment eine neue Explosion erfolgen und dem Hause den Garaus machen kann, wenn man an leitender Stelle nicht den Muth findet, die czechischen Anmaßungen entschieden und unzweideutig zurückzuweisen.

Die Quintessenz der Lage sowohl im Parlament wie in der Regierung besteht nach wie vor darin, daß man den czechischen Widerstand im Interesse der Gesammtheit zwar niederzwingen könnte, wenn man ernstlich wollte, daß aber ein solcher ernstlicher Wille nicht vorhanden ist. Soweit hier die Regierung in Frage kommt, wird der Mangel an Energie gegenüber dem Czechenthum durch die unverantwortlich laue und lässige Haltung erwiesen, welche die böhmischen Behörden vielfach gegenüber der doch ordnungsmäßig und zu Recht erfolgten Aufhebung der Sprachenverordnungen zur Schau tragen. In einer von deutschen Abgeordneten an den Minister des Innern gerichteten Anfrage wird hierüber gesagt: „Nicht nur die Unterbehörden, so namentlich die Finanzbehörden erster Instanz und die Bezirkshauptmannschaften machen sich dieser Nichtbefolgung der erflossenen Aufhebungsverordnung schuldig, sondern auch die Oberbehörden, ja selbst die Kaiserl. Königl. Statthalterei geht diesbezüglich mit schlechtem Beispiele voran und amtirt in einer Weise, als ob die vom deutschen Volke auf's Heftigste bekämpften Sprachenverordnungen heute noch zu Recht bestehen würden." Wenn seitens der Kaiserl. Königl. Statthalterei in einer solchen Weise gegen die ergangene Verordnung gehandelt werde, könne es nicht Wunder nehmen, daß bei den Unterbehörden der nationale Chauvinismus noch weitere Auswüchse zeitige. Darf es da noch Erstaunen erregen, daß der czechische Abgeordnete Fresl den Muth fand, sich während der jüngsten Lärmscenen im Abgeordnetenhause auf den Sessel des Ministerpräsidenten zu schwingen und voll höhnischer Siegeszuversicht in den Saal zu rufen: „Von dieser Stelle aus werden euch noch einmal Sprachenverordnungen diktirt werden!"?

Von einem ähnlichen Geiste der Unentschlossenheit zeigte sich auch der Präsident des Abgeordnetenhauses, Graf Vetter von der Lilie, beseelt, als er seine Entscheidung in der Frage der nichtdeutschen Interpellationen traf. Bis vor zwei Jahren wurden nichtdeutsche Eingaben im Hause überhaupt nicht angenommen. Erst der klerikale Präsident Dr. v. Fuchs legte in diese alte und in jeder Beziehung vollberechtigte Tradition des Hauses Bresche und seitdem haben die Czechen, getreu ihrem Grundsatz, gleich die ganze Hand zu nehmen, wenn man ihnen den kleinen Finger reicht, nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß nichtdeutsche Eingaben die volle Gleichberechtigung mit deutschen Eingaben genießen sollen. Diese Forderung ist einfach sinnlos und müßte im Falle der Verwirklichung dahin führen, daß das österreichische Abgeordnetenhaus in einen modernen Thurm zu Babel verwandelt würde. Wenn daher der Präsident Graf Vetter die Lage nur einigermaßen richtig erfaßt und die Frage von einer höheren Warte als der parlamentarischen Opportunität aus beurtheilt hätte, so durfte nur eine Richtschnur für ihn maßgebend sein, nämlich die bedingungslose Zurückweisung der czechischen Ueberbegehrlichkeit. Statt dessen beging der Präsident den Fehler, daß er die Czechen durch halbes Entgegenkommen versöhnlich stimmen wollte, in völliger Unkenntniß der Thatsache, daß der czechische Chauvinismus überhaupt niemals zu sättigen und zufrieden zu stellen ist, sondern um so mehr als sein angebliches „Recht" beansprucht, je mehr man ihm um des lieben Friedens willen zugesteht. Die Entscheidung des Grafen Vetter, die sich der Form nach als eine authentische Auslegung der geltenden Geschäftsordnung des Hauses darstellt, geht dahin, daß nichtdeutsche Eingaben zwar anzunehmen sind, aber übersetzt und nur in deutscher Sprache verlesen und protokollirt werden müssen. Gleichzeitig soll freilich der Urtext als Beilage zum stenographischen Protokoll abgedruckt werden. Die endgiltige Regelung bleibt dem Abgeordnetenhause auf dem Wege der Abänderung der Geschäftsordnung überlassen. Es ist keine Frage, daß der vom Präsidenten eingenommene Standpunkt dem Interesse einer ersprießlichen Geschäftsführung des Hauses nicht förderlich ist. Mit Recht wies der Abg. Wolf darauf hin, daß man dann folgerichtig auch hebräische Eingaben erwarten und zulassen müsse. Ueberdies aber müßte ein eigenes parlamentarisches Uebersetzungsbureau geschaffen werden und die Czechen wären dann in der Lage, ganze Agitationsbroschüren für ihre Zwecke in Form von Eingaben auf Staatskosten in's Deutsche übersetzen zu lassen.

Trotz aller Gründe indessen, die gegen diese vom Präsidenten beliebte vorläufige Auslegung der Geschäftsordnung sprechen, vermochten sich die Deutschen in richtiger Würdigung der auf dem Spiele stehenden höheren Interessen nicht zu entschließen, aus solchem Anlaß zu dem zweischneidigen Mittel der Obstruktion zu greifen und dadurch abermals die Arbeitsfähigkeit des Hauses in Frage zu stellen. Statt der Deutschen besorgten das die Herren Czechen, die also Obstruktion zum Danke dafür machten, daß ihnen das ganz ausnahmsweise Vorrecht der Eingaben in czechischer Sprache verliehen worden war! Ein Czeche meinte, der czechische „Protest" werde es verhindern, daß im österreichischen Abgeordnetenhause „die deutsche Staatssprache aufgerichtet" werde, und ein anderer erklärte, die Deutschen in Oesterreich „forderten immer mehr". Angesichts aller solcher Entstellungen und Verdrehungen, angesichts des sinnlosen Wüthens und Tobens der Czechen, die von keiner Seite in irgend einem wohlerworbenen nationalen Rechte bedroht, sondern im Gegentheil mit immer neuen Vorrechten überhäuft werden, traf der sozialistische Abgeordnete Daszynsky den Nagel auf den Kopf, indem er ausrief, der nationale Chauvinismus der Czechen sei blß zum Wahnsinn gestiegen. Mit einem solchen Wahnsinn aber giebt es kein Paktiren, sondern da hilft einzig und allein Unschädlichmachung. Nur wenn von Seiten der Regierung sowohl wie der Parlamentsleitung den Czechen durchaus kein Zweifel darüber gelassen wird, daß sie nun und nimmermehr hoffen dürfen, die Deutschen zu vergewaltigen und ganz Oesterreich zu terrorisiren durch Verwirklichung ihres „böhmischen Staatsrechts", nur dann kann wieder Friede werden im Lande. Selbst auf czechischer Seite hat sich diese Einsicht vereinzelt Bahn gebrochen. Besonders bemerkenswerth ist, was der Graf Rudolph Czernin, ein Mitglied des böhmischen Hochadels, in einer unlängst erschienenen Flugschrift über die Nothwendigkeit der deutschen Staatssprache und die Unmöglichkeit eines böhmischen Staatsrechtes (d. h. der völligen Czechisirung Böhmens unter Krönung des Kaisers zum König von Böhmen) aus der höheren Rücksicht auf die einheitliche Regierung des österreichischen Staates sagt. Graf Czernin weist darauf hin, daß es ganze Länder in Oesterreich giebt, wo kein einziges slavisches Idiom gesprochen wird, daß es aber kaum das kleinste Dorf giebt, in dem die deutsche Sprache gänzlich unbekannt wäre. Von dem böhmischen Staatsrecht sagt der czechische Graf, daß es, wenn auch alle möglichen geschichtlichen und sonstigen Gründe dafür sprächen, dennoch schon aus der einzigen Ursache undurchführbar erscheine und von jeder österreichischen Regierung, der Ruhe und Frieden des Landes am Herzen liegen, unbedingt abgelehnt werden müsse, weil die Deutschen Böhmens und seiner Nebenländer es nicht annehmen wollen und nicht annehmen können. Nachgiebigkeit in dieser Richtung käme einem nationalen Selbstmorde für Oesterreich gleich. Ein jegliches Staatsrecht auf national-separatistischer Basis berge für Oesterreich den Keim der Auflösung in sich und müsse von jedem ehrlichen Patrioten unerbittlich bekämpft werden.

Die Zukunft des Parlaments nicht nur, sondern ganz Oesterreichs hängt davon ab, ob die leitenden Kreise im Stande sein werden, sich zu einer energischen Bekämpfung und Zurückweisung des czechischen Größenwahns empor zu raffen. Abg. Dr. Groß hat die Grenze für das Entgegenkommen und den guten Willen der Deutschen richtig abgesteckt, indem er erklärte, die Deutschen seien bereit, für die Arbeitsfähigkeit des Hauses große Opfer zu bringen, ausgenommen ihre nationalen Rechte und Pflichten. In der That, da liegt es! Ueber diese pièce de résistance wird keine Regierung und kein Parlamentspräsidium hinwegkommen. Von seinen verbrieften Rechten läßt das österreichische Deutschthum sich nichts nehmen, und soweit die Czechen darauf ausgehen, den unanfechtbaren nationalen und sprachlichen Besitzstand der Deutschen zu vergewaltigen, werden sie in den Deutschen allezeit grimme und unerbittliche Widersacher finden. Versöhnung ist nur dann möglich, wenn auch die Czechen sich zur Anerkennung des Grundsatzes bequemen: „Leben und leben lassen!"

Neueste Drahtmeldungen vom 22. Februar.

* Budapest. Die Arbeitslosen wollten abermals demonstrativ die Straßen der Stadt durchziehen, die Polizei verhinderte es aber und verhaftete 22 Renitente.

* Paris. Der Senat nahm die Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Ausrüstung der Kriegshäfen und Feststellung der Grundlagen für die Operationen der Flotte wieder auf. Nachdem Treille in längerer Rede auf die Nothwendigkeit der Vertheidigung der Küsten Algeriens hingewiesen, wurde der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

* London. Unterhaus. William Redmond fragt an, ob der Deutsche Kaiser der britischen Regierung Schiedsrichterdienste in der Frage der Beendigung des Burenkrieges angeboten habe. Cranborne verneint diese Frage. Redmond fragt weiter: Will die Regierung erwägen, ob es räthlich ist, den Deutschen Kaiser um den Schiedsspruch zu ersuchen? Der Sprecher ruft Redmond zur Ordnung. Die Frage Redmond's bleibt unbeantwortet.

* London. Unterhaus. (Fortsetzung.) Auf eine Anfrage theilt Hicks Beach mit, der bisher ausgegebene Betrag der Kriegskosten beziffere sich auf 81 500 000 Pfund, die wöchentlichen Kosten etwa auf 1 250 000 Pfund. Brodrick erklärt: Nach einer kürzlich aufgestellten Schätzung beträgt die Zahl der im Felde stehenden Buren etwa 20 000. Im Januar waren mehr als 16 000 Gefangene in den Händen der Engländer; diese Zahl hat sich in der letzten Zeit noch erhöht.

* San Francisco. Der Dampfer „City of Rio Janeiro" ist auf der Fahrt von Hongkong über Yokohama nach San Francisco vor hiesigem Hafen gestern Abend gesunken. Die Zahl der Ertrunkenen steht noch nicht fest, die Angaben schwanken zwischen 50 und 150.

* San Francisco. Der Dampfer „City of Rio de Janeiro", der gestern Abend hier eintraf und wegen Nebelwetter vor dem goldenen Thor ankerte, stieß heute früh bei der Einfahrt in den Hafen auf ein Riff und sank in einer Viertelstunde. Während Boote bemannt wurden, herrschte große Verwirrung. Viele sprangen über Bord. 3 Boote kamen gut ab. Es ist unmöglich, die Zahl der Ertrunkenen anzugeben. An Bord befanden sich 29 Kajüten-Passagiere, 150 Japaner und Chinesen im Zwischendeck und 140 Mannschaften.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission des Reichstags setzte heute die Berathung des Militäretats fort. Bei der Forderung für Maschinengewehre u. s. w. wurde auf Anfrage mitgetheilt, daß die Kosten eines Maschinengewehres sich auf 14 070 Mk. belaufen. Das Ordinarium des preußischen Etats, sowie auch der Kontingente Sachsen und Württemberg wurden genehmigt. Bei den einmaligen Ausgaben wurden mehrfache Streichungen bezw. Kürzungen vorgenommen, so u. A. von der Forderung zur Abänderung von Tornistern und von Patronentaschen, 1 Million Mark, die Hälfte gestrichen und nur 500 000 Mk. bewilligt. — Die Reichstagskommission für das Schaumweinsteuergesetz strich heute die Bestimmungen über die Deklarationspflicht. Diese Bestimmungen sollen eventuell in dem Gesetze über den Verkehr mit Wein Raum finden. — In der Budgetkommission des Reichstages begann gestern Abend die Berathung des Kultusetats. Bei den Einnahmen wurde der Fall Neißer zur Sprache gebracht. Der Minister erklärte, daß der Fall sich nicht als so schwer herausgestellt habe, wie mehrfach angenommen wurde. Der Fall sei durch Ertheilung eines Verweises und Verhängung der höchsten Disziplinar- und Geldstrafe erledigt. Bei den Ermittelungen habe sich ergeben, daß der Fall Neißer nicht der einzige Fall von Versuchen an Menschen gewesen sei. Er habe jetzt eine entsprechende Anweisung erlassen, Injektionen über die Kliniken angeordnet und dafür gesorgt, daß alle Fälle der Centralverwaltung mitgetheilt werden. Er hoffe, daß damit für die Zukunft allen Ausschreitungen vorgebeugt sei. Bei den Ausgaben wurde zunächst der Wunsch ausgesprochen, daß das Medizinalwesen zu einer besonderen Abtheilung mit einem als Mediziner ausgebildeten Direktor abgezweigt werde. Der Minister erwiderte, daß die Frage, welchem Ressort das Medizinalwesen zuzutheilen sei, noch nicht entschieden und daß daher einstweilen die Bildung einer besonderen Medizinalabtheilung noch auszusetzen sei, um nicht zu präjudiciren. Das wurde von der Kommission anerkannt, jedoch dagegen Widerspruch erhoben, daß eine solche Abtheilung unter allen Umständen von einem Fachmanne geleitet werden müsse, da es hier doch auch auf administrative Wege ankomme. Für altkatholische Geistliche und Kirchen sind 54 000 Mk. eingestellt und zwar 6000 Mk. mehr behufs Verwendung zur Ausbildung altkatholischer Theologen. Diese Mehrforderung wurde mit 12 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskommission für das Verlagsrecht hat nach Schluß der ersten Lesung folgende Resolution angenommen: Der Reichskanzler wird ersucht, baldmöglichst dem vorliegenden Gesetze entsprechende Entwürfe über den Schutz von Werken der bildenden Künste und Photographie, sowie Mustern und Modellen vorzulegen, und im Anschluß daran das Verlagsrecht bezüglich der Werke der bildenden Künste, Photographie, Mustern und Modellen gesetzlich zu regeln.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus berieth heute den Bauetat. Bei den Einnahmen entspann sich eine längere Debatte über die am 1. April eintretende Erhöhung von Verkehrsabgaben für den Wasserverkehr im Spree-Oder-Kanal. Abgg. Gothein (freis. Verein.), Dr. Lotichius (natl.) und Ehlers (freis. Verein.) sprachen sich gegen diese Erhöhung aus, durch welche die Schifffahrt und namentlich auch Danzig geschädigt würde. Minister Thielen, Geh. Ober-Regierungsrath Peters, sowie die Abgg. Freiherr v. Zedlitz, v. Pappenheim und v. Arnim rechtfertigten die Erhöhung. Der Minister erklärte, an der Gleichstellung Danzigs mit den übrigen Häfen festhalten zu müssen, doch sei er bereit, wegen des Ladegewichttarifs mit Danzig von Neuem in Verhandlung zu treten. Von den konservativen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß, wenn man jetzt schon mit Klagen über hohe Abgaben komme, dies nach Bewilligung der Kanalvorlage viel schlimmer werden würde. Beim Titel „Ministergehalt" beschwerten sich die Berliner Abgg. Dr. Goldschmidt und Dr. Langerhans darüber, daß der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft die Konzession hinter dem Rücken der Stadt auf 50 Jahre verlängert worden sei. Minister Thielen erwidert, daß dies aus rein praktischen Gründen geschehen sei, namentlich damit die Gesellschaft die im Verkehrsinteresse nothwendigen Einrichtungen treffen könne, was andernfalls nicht möglich gewesen wäre. Im Uebrigen sagte der Minister noch eine Novelle zum Kleinbahngesetz zu behufs anderweitiger Regelung der Entschädigungspflicht. Der Etat wurde genehmigt. Morgen: Eisenbahnetat.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die offiziöse „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt: „Obgleich der Besuch des Königs von England in Cronberg als Akt brüderlicher Pietät einen rein familiären Charakter trägt, haben doch einzelne deutsche Blätter daraus ein politisches Ereigniß zu machen gesucht, um sich in giftigen Angriffen zu ergehen, welche auch den Kaiser auf's Tiefste verletzen müssen. Es wird damit ein Grad von Gesinnungsrohheit bewiesen, der die schärfste Zurückweisung verdient. (Diese offiziöse Kundgebung ist das Stärkste, was bisher an Brüskirung der öffentlichen Meinung geleistet worden ist; sie ist geradezu ein Schlag in's Gesicht für das gesammte nationale Denken und Empfinden, wie es sich England gegenüber im deutschen Volke äußert. Daß kein einziger wohlgesinnter Deutscher daran denkt, dem Kaiser irgendwie persönlich zu nahe zu treten, braucht nicht erst bewiesen zu werden, weil es selbstverständlich ist; die gegentheilige Behauptung stellt sich als eine „giftige", um mit der „Nordd. Allgem. Ztg." zu reden, Insinuation dar. Das Recht einer sachlichen nationalen Kritik aber wird sich die patriotische öffentliche Meinung im Reiche keinesfalls nehmen lassen ohne Rücksicht auf höfisch-dynastische Beziehungen, und wenn ein offiziöses Blatt es wagt, dabei den nationalen Warnern und Wächtern „Gesinnungsrohheit" zu unterstellen, so ist das eine Ausschreitung des offiziösen Preßkosakenthums, für deren richtige Kennzeichnung es der parlamentarischen Sprache an geeigneten Ausdrücken gebricht. Die Red.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber den Gesundheitszustand der Kaiserin Friedrich lautet die auf Privatwege hier eingetroffene Nachricht wesentlich anders als die offizielle, welche das Befinden der hohen Kranken als befriedigend bezw. sehr befriedigend bezeichnet. Die Kaiserin Friedrich soll entsetzliche Schmerzen aushalten. Außer einer schon seit längerer Zeit eingetretenen Geschwulst an Händen und Füßen soll der Krebs bereits auch das Rückgrat angegriffen haben. — Die Berichte über angebliche Zerwürfnisse zwischen dem Grafen Waldersee und dem deutschen Gesandten Dr. Mumm v. Schwarzenstein werden in direkten Petinger Meldungen als völlig erfunden erklärt. Wer die Verhältnisse kenne, wisse, daß zwischen den beiden Herren von Anfang an das beste Einvernehmen bestehe. — Dem Bundesrath ist die angekündigte neue Chinavorlage zugegangen, wonach weitere 100 Millionen Mark für die ostasiatische Expedition bewilligt werden sollen. — Wolff's Bureau schreibt in eigener Sache: In einem Blatte wird behauptet, die auf Nr. 759, 762 und 769 unserer Depeschen gebrachte Auslassung der „Russischen Handels- und Industrie-Zeitung" sei von uns auf Bestellung verbreitet worden. Wir stellen demgegenüber fest, daß uns der Auszug jenes Artikels von der Russischen Telegraphen-Agentur in Petersburg ohne irgend welchen Auftrag unsererseits telegraphirt worden war und daß wir geglaubt haben würden, uns berechtigten Vorwürfen der großen Mehrzahl unserer Abonnenten auszusetzen, wenn wir eine solche Kundgebung unterdrückt hätten. Bei diesem einfachen Sachverhalt kann von irgendwelcher Einwirkung von dritter Seite, wer diese auch

„ISSO", Kesselstein-Verhütter, ges. geschützt.
Friedrich & Glöckner, Dresden-Löbtau.